

DGB Nord | Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg

Wirtschaftsausschuss
des Landtages Schleswig-Holstein

Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4559

Stellungnahme des DGB zum Bericht der Landesregierung - Perspektiven für die Westküste (Drucksache 18/2584 bzw. Drucksache 18/2390(neu))

17. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Vogt,

sehr geehrte Damen und Herren,

der Wirtschaftsausschuss des Landtages von Schleswig-Holstein hat den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zu einer Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung - Perspektiven für die Westküste (Drucksache 18/2584 bzw. Drucksache 18/2390(neu)) aufgefordert. Dieser Aufforderung kommt der DGB hiermit gerne nach.

Der Bericht bietet aus unserer Sicht einen guten Überblick über den Stand und die Planungen für die Westküste. Hierfür herzlichen Dank. Wir erlauben uns, nur auf einzelne Aspekte des Berichts einzugehen.

Gute Arbeit, eine nachhaltige Energieversorgung und eine moderne Infrastruktur sollen u.E. die Westküste stärken und ein nachhaltig verträgliches Wachstum fördern.

Die bereits in der Landtagsdebatte vom 20.03.2015 benannten Kernperspektiven Erneuerbare Energien und Tourismus möchten wir an dieser Stelle auch deutlich um den **industriepolitischen Aspekt** ergänzt wissen und begrüßen daher auch die von Seiten der Landesregierung angekündigte industriepolitische Konferenz im Herbst.

Mit dem Industriepark Brunsbüttel sind zumeist gesicherte Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen und Einkommen verbunden. Das ist in der Region in diesem Ausmaß einzigartig und lässt sich nur mit fairen Arbeitsbedingungen, guten Tarifverträgen und modernen Mitbestimmungsrechten erreichen.

Werben möchten wir in diesem Zusammenhang auch noch einmal deutlich für eine landesgrenzen überschreitende Kooperation. Die im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung ermöglichten Forschungs- und Dialogprojektes „Struktureller Wandel und nachhaltige Modernisierung – Perspektiven der Industriepolitik in Norddeutschland“ durchgeführten Untersuchungen zeigen, die Profile der industriepolitischen Strategien in den einzelnen Bundesländern sind in Anlage, Ausrichtung und den definierten Themenfelder weitgehend kompatibel und stehen einer stärkeren Kooperation zumindest konzeptionell nicht im Wege. Eine solche **norddeutsche Kooperation** ist dringend, auch vor dem Hintergrund

Uwe Polkaehn
Vorsitzender
DGB Bezirk Nord

uwe.polkaehn@dgb.de

Telefon: 0402858202
Telefax: 0402858235

UP/KK

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

nord.dgb.de

knapper Mittel und einer über Landesgrenzen hinweg verschränkten Wirtschaftsstruktur, dringend geboten.

Zu den industriepolitischen Ansätzen des DGB verweisen wir auch gern auf unsere Stellungnahme zum Antrag „Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten“ aus dem Jahr 2014 (Umdruck 18/3557).

Bezogen auf die **Verkehrsinfrastruktur** möchten wir auf die hohe Bedeutung funktionierender Verkehrsadern für den Industriestandort Brunsbüttel sowie den Hafen Brunsbüttel verweisen. Mit den auch für die Zukunft zu erwartenden weiter deutlich steigenden Seeverkehrsaufkommen wächst auch die Bedeutung einer leistungsfähigen Hinterlandanbindung deutlich. Dies gilt es gerade vor dem Hintergrund langer Vorlaufzeiten für die Umsetzung solcher Verkehrsprojekte bereits stärker als in den vergangenen Legislaturen schneller in den Blick zu nehmen, da sonst bereits jetzt die Zukunftsfähigkeit des Industrie- und Hafensstandortes Brunsbüttel beschnitten wird. Dazu zählen u.E. im Einzelnen:

- die Sanierung, Modernisierung und Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals einschließlich seiner Schleusen ohne weitere Zeitverluste
- der Ausbau der Bahnstrecke vom Industriegebiet Brunsbüttel bis Wilster/Itzehoe muss zügig zweigleisig und elektrifiziert erfolgen, gerade vor dem Hintergrund der Planungen für einen möglichen LNG-Terminal,
- Sanierung und Ausbau des Güterbahnhofs Brunsbüttel,
- Verlegung der Bahntrasse aus dem Werk Total Bitumen Deutschland heraus,
- dreispuriger Ausbau der B5 zwischen Itzehoe und Brunsbüttel.

Ausdrücklich sei hier auch nochmal auf die Gefahr der Unterschätzung der wirklichen Bedarfe durch veraltete Datenerhebung der Verkehrsflüsse aufmerksam gemacht.

Enttäuscht zeigt sich der DGB Nord über die mangelnde Beachtung des **Themas „Gute Arbeit“** in der vorliegenden Drucksache, insbesondere im Bereich **Tourismus**. Aus wirtschaftlicher, strukturpolitischer und beschäftigungspolitischer Sicht ist der Tourismus für Schleswig-Holstein im Allgemeinen und für die Westküste im Besonderen ein wesentlicher Eckpfeiler. Gleichzeitig ist dieser Eckpfeiler auf mittlere Sicht bedroht. Schöne Landschaften und das Meer reichen in Konkurrenz mit anderen Tourismusregionen schon längst nicht mehr aus, ein guter Service ist ebenso Bedingung. Dieser wird sich aber in einer personalintensiven Branche wie dem Hotel- und Gaststättengewerbe nur mit qualifizierten und ausreichenden Personal sicherstellen lassen. Aufgrund der prekären Arbeitsverhältnisse, schlechter Vergütungen und durch hohe Belastungen gekennzeichnete Arbeitsbedingungen werden im stärker werdenden Fachkräftewettbewerb der Tourismus und insbesondere der Bereich der Hotels und Gaststätten das Nachsehen haben. Die Nachwuchsgewinnung ist aufgrund der oftmals katastrophalen Ausbildungsbedingungen in zu vielen Betrieben ebenfalls schwierig.

Obwohl das Thema seit längerem bekannt ist, Appelle und freiwillige Qualitätsoffensiven verkündet worden sind, ist keine Trendwende am Horizont der Geschäftspolitik zu sehen. Landtagsdebatten blieben ohne Folgen. Kammern und Branchenverbände sind unwillig,

sind Gefangene ihrer Mitgliedsunternehmen oder haben nicht die Wirkungsmächtigkeit entfalten können, um auch Verbesserungen durchzusetzen.

Es ist deswegen Aufgabe des Landes und der Landesregierung, hier eine Trendwende herbeizuführen und gesetzeswidrige Arbeitsbedingungen nicht länger zu dulden.

Der DGB fordert daher

- ein Landesaktionsprogramm „Gute Arbeit im Tourismus“ als Qualitätsoffensive, mit der die Löhne und Arbeitsbedingungen in der Branche und insbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe endlich bundesweit konkurrenzfähig gemacht werden. Ausbildung, Arbeitszeiten, Überstundenregelungen, Schichtdienste, Arbeitsschutz, Unterbringung und Gesundheitsförderung müssen dazu deutlich arbeitnehmerfreundlicher werden.
- Die Kontrolle der Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen durch die Gewerbeaufsicht und die Arbeitsschutzbehörden muss ausgeweitet und der Takt der Kontrollen und Betriebsbesichtigungen im Hotel- und Gastgewerbe muss dichter werden.
- Dies gilt insbesondere für den Bereich des Jugendarbeitsschutzes. Minderjährige Auszubildende unterliegen zu Recht besonderen Schutzvorschriften. Eine „Soko Jugendarbeitsschutz“ muss für die Auszubildenden in Schleswig-Holstein den Arbeitsschutz sowie die Einhaltung der gesetzlichen Mindestvorschriften z.B. zu Arbeitszeiten und den Ausgleich der Mehrarbeit kontrollieren. Hierzu sollte das Land den gesetzlichen Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz einberufen und dort mit Fachleuten und Sozialpartnern die weiteren Schritte beraten.

Sollte dieses Problem nicht angegangen werden, beraubt sich eine ganze Region seiner Perspektiven im touristischen Bereich.

Aus unserer Sicht gilt es zudem die struktur- und beschäftigungspolitischen Perspektiven der Energiewende für die Westküste ausführlicher zu beschreiben. Inzwischen liegen hierzu offensichtlich auch weitere Überlegungen der Landesregierung vor, welche wir begrüßen.

Aus unserer Sicht bietet es sich an, die im Zuge der „Innovationsallianz für das Jahrhundertprojekt Energiewende NEW 4.0“ beschriebenen Ziele auch auf die Westküste zu beziehen. Die Westküste kann zeigen, dass Energiegewinnung aus Erneuerbaren Energien und die Anforderungen der energieintensiven Industrie zusammenpassen. Hier muss es gelingen, Hersteller, Handwerksbetriebe und Dienstleister aus der Region in den lernenden Prozess des Großprojektes einzubinden und diese als „Marktführer“ über die regionalen Verflechtungen hinaus zu etablieren. Dies sollte nicht dem Zufall überlassen werden.

Themen, wie Energie- und Ressourceneffizienz, auch in den Betrieben umzusetzen sind, wie der Energieeinsatz durch Erzeugungs- und Lastmanagement klug gesteuert werden kann und wie neue Netz- und Speichertechnologien einzusetzen, sind zudem auch Themen für Beschäftigte. Für ihre Einbeziehung in diesen Prozess mit all ihrem Wissen und Können möchten wir auch hier nochmals eindringlich werben.

Zweifellos zählt für uns auch die Errichtung eines LNG-Terminals nebst zugehöriger Infrastrukturprojekte zu den Perspektiven der Westküste und freuen uns, dass die Landesregierung nach ihren Aussagen auf der Industriepolitischen Konferenz des DGB Nord und der Werkleiterrunde des ChemCoastPark Brunsbüttel vom 08.06.2015 dieses Projekt unterstützt. Wir verweisen hier auf den Umdruck 18/4419 der Brunsbüttel Ports GmbH zu o.g. Drucksache.

Aus unserer Sicht sollte aus dem Landesbericht, welcher oftmals nur eine Sachstandsbeschreibung bleibt, eine Strategie mit den regionalen Akteuren entwickelt werden. Eine solche Strategie ist aus unserer Sicht unumgänglich, um die Rahmenbedingungen, bei begrenzten Mitteln, positiv zu gestalten. Klar ist uns dabei, dass die Politik an der Westküste durchaus von Einzelinteressen geprägt ist, deren Moderation eine straffere eigene Idee der Landesregierung voraussetzt. Eine solche Moderation und eine straffere eigene Idee wünschen wir uns.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Uwe Polkaehn'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Uwe Polkaehn